
DAS MAGAZIN DER BAYERISCHEN GRÜNEN



STANDORTFAKTOR GRÜN

SEPTEMBER 2020

**EVA LETTENBAUER:
GESTALTEN WIR DIE
WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT**

**KATHARINA SCHULZE:
ANSCHUB. UMBAU. ANTRIEB:
BAYERNS WOHLSTAND WAHREN**



DIGITALE POLITIK? LÄUFT!

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Monaten mit schneller Geschwindigkeit in den digitalen Raum bewegt. Unserem Parteileben erging es ähnlich. Wir haben die Chance genutzt, in ein neues digitales Zeitalter aufzubrechen. Landesarbeitsgemeinschaften entwickeln ihre Positionen mittlerweile bei Online-Treffen und unsere Landesvorsitzenden laden regelmäßig zu Web-Gesprächen ein, um sich mit Expert*innen über aktuelle Themen auszutauschen. Auch wenn wir uns einig sind, dass der digitale Austausch echte Treffen nie vollständig ersetzen kann, so ist es doch plötzlich viel leichter, im Alltag an politischen Diskussionen über räumliche Distanzen hinweg teilzunehmen.

Im Juli konnten wir beim ersten Digitalen Parteitag in der Geschichte der bayerischen GRÜNEN mit 132 Delegierten online über die aktuellen und kommenden Herausforderungen der Corona-Krise und die Zukunft des Waldes diskutieren. Die Hauptredner*innen sprachen am Redepult in der Parteizentrale in München, alle Delegierten und Antragsteller*innen waren von zuhause aus zugeschaltet oder – wie Österreichs grüner Vizekanzler Werner Kogler oder Förster und Bestseller-Autor Peter Wohlleben – mit einer Videobotschaft mit dabei.

Gemeinsam haben wir eine umfassende Offensive zur Zukunft des Waldes beschlossen. Bayern ist das Bundesland mit der bundesweit größten Waldfläche und daher besonders stark betroffen von Hitze, Dürre und Stürmen. Unsere Landesvorsitzende Eva Lettenbauer forderte: „Unser Wald darf nicht Opfer der Klimakatastrophe sein. Machen wir ihn vielmehr zum Rettungsanker für den Klimaschutz.“ Der Umbau der Wälder zu stabilen Mischwäldern und eine komplett ökologische Bewirtschaftung

im Staatsforst sind wichtige Schritte auf dem Weg dahin. Daher appellierte Eva Lettenbauer an die Staatsregierung, es brauche dringend mehr Schutzräume im Staatswald und einen dritten Nationalpark im Steigerwald, um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten zu erhalten.

Die bayerischen GRÜNEN sind auch im Bündnis #SteigiBleibt, um gemeinsam mit anderen Organisationen der Forderung nach einem Nationalpark Steigerwald noch mehr Druck zu verleihen. Und auch bei dir vor Ort kannst du dich für den Schutz des Waldes einsetzen. Ungefähr 13,5 % der Waldfläche in Bayern gehören Städten und Gemeinden. Das GRIBS-Büro für Kommunalpolitik hat extra dafür eine Antragssammlung und Aktionsideen auf die GRIBS-Homepage gestellt. ○

- Näheres unter www.gribs.net
- Weitere aktuelle Infos zum Thema Wald findest du unter gruene-bayern.de/wald



Bist du auch schon mal über diese Abkürzung gestolpert? Sie steht für „Kleine und mittlere Unternehmen“ mit weniger als 250 Beschäftigten (laut Definition der EU-Kommission) und unter 50 Millionen Euro Jahresumsatz – also alle Betriebe von der selbständigen Architektin bis zur hochspezialisierten Maschinenbau-firma. Die KMU sind das Rückgrat und der Jobmotor der bayerischen Wirtschaft. 2018 gab es laut Statistischem Bundesamt 616.315 Betriebe in Bayern – 99,6 % davon zählten dem Umsatz nach zu den KMU. Hier sind über drei Viertel der Erwerbstätigen in Bayern angestellt, ein Großteil der bayerischen Azubis geht hier in die Lehre. Deshalb gilt es, die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Betriebe besonders im Blick zu haben und sie bestmöglich zu unterstützen beim Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und einer menschlichen Digitalisierung. Von wirksamen Förderprogrammen bis hin zu einem Recht auf Weiterbildung für die Fachkräfte der Zukunft gibt es viel zu tun – auf geht's!





EVA LETTENBAUER, LANDESVORSITZENDE

GESTALTEN WIR DIE WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT

Auch dieses Magazin bringen wir in Zeiten der Corona-Pandemie heraus. Wir Grüne haben in den vergangenen Monaten Gesundheitsschutz und Solidarität großgeschrieben – sowohl in unseren politischen Forderungen auf allen Ebenen als auch durch das Umgestalten unserer praktischen Arbeit in den Ortsgruppen bis zum Landesparteitag. Dafür danke ich euch.

In Zeiten der Krise denken aktuell viele Menschen um. Das Bewusstsein für regionale Versorgung, den Schutz unserer Lebensgrundlagen sowie für langfristiges, vorausschauendes Handeln steigt bei vielen. Diesen Veränderungswunsch nehmen wir ernst. Ergreifen wir jetzt die Chance, eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen.

Wie es gelingen kann, die bayerische Wirtschaft nachhaltig umzubauen und Arbeitsplätze sowie Wohlstand langfristig zu sichern, habe ich auf meiner „Wirtschaft mit Zukunft“-Tour mit zahlreichen Betrieben verschiedenster Größen und Branchen in Bayern besprochen. Ob junges Start-up, Weltkonzern oder traditionsreicher Industriebetrieb, sie alle brauchen klare politische Rahmenbedingungen und verlässliche Unterstützung für nachhaltige Innovationen. Fördermittel müssen richtungsweisend sein: Neben dem Erhalt von Betrieben während der Corona-Krise muss auch immer an die Bekämpfung der Klimakrise gedacht werden.

GRÜN ist Standortfaktor, denn nur mit uns werden die Bedingungen für Unternehmen planbar und zukunftsorientiert. Es ist notwendig, endlich eine funktionierende und moderne digitale Infrastruktur aufzubauen. Auch am Land müssen schnelles Internet und ein flächendeckend gutes ÖPNV-Angebot selbstverständlich werden. Eine zentrale Aufgabe von uns Grünen ist es auch, die Menschen, die Arbeitnehmer*innen, in den Mittelpunkt zu rücken und Weiterbildung und lebenslanges Lernen zukunftsfest zu machen. Das heißt konkret: Bayern braucht endlich ein Recht auf Bildungsurlaub. Mir liegt ebenso am Herzen, ein Landesvergabegesetz zu erreichen. Damit soll es Pflicht für den Freistaat werden, gute und gleiche Bezahlung für alle Geschlechter einzufordern und auf Kriterien wie Klimaschutz und kurze Wege durch Regionalität zu achten, wenn er öffentliche Aufträge vergibt.

Packen wir es an und suchen in den nächsten Monaten vor Ort verstärkt den Austausch mit Wirtschaft und Gewerkschaften. Setzen wir auf unserem nächsten digitalen Parteitag im November ein klares Zeichen für den Aufbruch in die sozial-ökologische Wirtschaft von morgen. Damit der Wandel Fahrt aufnimmt.

Eure



HINTERGRUND

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN MACHT KRISENFEST

Ist Nachhaltigkeit nur etwas für gute Zeiten? Und gerät in Krisensituationen in den Hintergrund? Oder ist sogar das Gegenteil der Fall? Beim Outdoor-Hersteller VAUDE wurde nach sechs Monaten Corona-Zeit Zwischenbilanz gezogen. Ein Gastbeitrag von Dr. Antje von Dewitz und Stephanie Herrling.

Corona hat auch VAUDE in die tiefste Krise seit Firmenbestehen versetzt. Von einem Tag auf den anderen brachen die Umsätze durch die Ladenschließungen und Ausgangssperren nahezu auf Null ein. In einem aus damaliger Sicht sehr optimistischen Krisenszenario gingen wir davon aus, dass wir etwa 10 % unter unserem Vorjahresumsatz bleiben würden. Heute haben wir nicht nur dieses Szenario, sondern auch unser Vorjahr bereits umsatzmäßig überholt und schneiden damit im Vergleich zu anderen Marken der Outdoor- und Textilbranche hervorragend ab.

Woran liegt das? Zu einem wesentlichen Teil daran, dass wir Experten für nachhaltiges Wirtschaften sind: Wir sind geübt darin, in guten, verlässlichen Partnerschaften differenzierte Lösungen für komplexe Herausforderungen zu erarbeiten. Statt also auf die Ladenschließungen mit Stornierungen der Ware zu reagieren und damit das Überleben der asiatischen Produktionsbetriebe zu gefährden, sind wir sowohl mit unseren Lieferanten als auch mit unseren Fachhändlern in den Dialog getreten, um für beide Seiten gute Lösungen zu

finden. Bei Abflauen der Krise hatten wir dadurch keine wesentlichen Liefer-schwierigkeiten und konnten schnell und bedarfsorientiert ausliefern.

Unsere für nachhaltiges Wirtschaften essenzielle Firmenkultur, die auf einer starken Gemeinschaft, gegenseitigem Vertrauen und Augenhöhe basiert, hat uns auch intern bei der Krisenbewältigung geholfen: Seit vielen Jahren schon haben wir die technischen und kulturellen Voraussetzungen dafür geschaffen, mobiles Arbeiten zu ermöglichen, um damit die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu unterstützen. Von einem Tag auf den anderen konnten daher über 200 Mitarbeitende ohne Effizienzverluste aus dem Homeoffice weiterarbeiten und sogar unser Megaprojekt, die Umstellung unserer Betriebssoftware, bis heute ungehindert weiter vorantreiben. Transparenz und gute Kommunikation ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit für nachhaltiges Wirtschaften. Entsprechend tagt eine aus Geschäftsleitung und Mitarbeitervertretung besetzte Corona-Taskforce regelmäßig und kommuniziert den Stand der Dinge per Videoblog an alle Mitarbeitenden. Das hat viel dazu bei-

getragen, den Zusammenhalt zu stärken, zuversichtlich und leistungsstark zu bleiben.

Zu guter Letzt beobachten wir, dass die Pandemie viele längst vorhandene, globale Probleme wie durch ein Brennglas stärker sichtbar macht und dazu beiträgt, dass viele Menschen ihr Verhalten hinterfragen und mit gutem Gewissen konsumieren möchten. Unternehmen, die nicht nachhaltig wirtschaften, geraten zunehmend in die Kritik, vertrauenswürdige Marken und ökologisch und fair hergestellte Produkte erhalten dagegen durch die Krise weiter an Rückenwind.

Unser Fazit: Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet zukunftsorientiertes Wirtschaften und bewährt sich gerade in Krisenzeiten! Statt Unternehmen vor vermeintlich überfordernden Erwartungen zu schützen, sollte die Politik geplante Maßnahmen wie den Green Deal oder das Lieferkettengesetz konsequent weiterverfolgen und Unternehmen nicht nur zum Wohle des Planeten und der Gesellschaft, sondern auch um ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit wegen in der Veränderung hin zu nachhaltigeren Wirtschaftsweisen unterstützen. ○



TOUR „WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT“ ZEIGEN, DASS ES GEHT

Wie stellt sich Bayerns Wirtschaft für die Zukunft auf? Landesvorsitzende Eva Lettenbauer und Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze machen sich auf Tour durch Bayerns Unternehmen ein Bild – zum Beispiel bei Baufritz, einem Pionier des ökologischen Hausbaus.

Heute haben wir ja geballte Frauenpower hier bei uns!“ Die Geschäftsführerin von Baufritz lacht herzlich, als sie ihre Gäste begrüßt. Dagmar Fritz-Kramer leitet das Unternehmen mit rund 500 Angestellten in Erkheim im Allgäu, das sich auf ökologische Holzhäuser spezialisiert hat – und das schon seit 1896. Eva Lettenbauer und Katharina Schulze sind an einem warmen Septembertag zu Besuch am Firmensitz. Neben dem zentralen Bürogebäude stehen einige Musterhäuser locker über das Gelände verteilt, dazwischen viele Blumen, Bienenstöcke und ein Naturteich.

Was bedeutet es eigentlich, ökologisch zu bauen? Besonders wichtig sind nachhaltige Materialien: Die Häuser von Baufritz bestehen fast ausschließlich aus Holz aus der Region – bis auf die Fensterscheiben natürlich. Auch die Wärmedämmung wird aus Holzspänen hergestellt, anstatt wie sonst oft aus Styropor. Dagmar Fritz-Kramer zeigt das anhand eines Modells, das einen Blick ins Innere der Baufritz-Wände ermöglicht.

Ideen wie diese passen in die Zeit – Plastik ist out, Naturmaterialien sind in. Doch es gibt eine Hürde: Bauten aus

Kunststoff und Beton erhalten in Bayern hohe Fördermittel, die teureren ökologischen Materialien sind im Nachteil. Die langfristigen Folgen geraten dabei aus dem Blick: „In den meisten anderen Neubauten wird jede Menge Plastik verbaut. Aber das Styropor ist Sondermüll. Das sind die versteckten Kosten der billigen Bauweise, die wir auf zukünftige Generationen verlagern“, so Dagmar Fritz-Kramer.

Eine mögliche Lösung? „Wir müssen die Bauordnung in Bayern ändern, damit der Baustoff Holz und nachhaltiger Bau endlich aktiv gefördert werden“, fordert Eva Lettenbauer. „Das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher ist längst da, die Politik muss endlich mitziehen.“ Zumal Holzbauten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie der Atmosphäre langfristig CO₂ entziehen. Schon jetzt gibt es viele Menschen, die das zu schätzen wissen – neben dem angenehmen Raumklima, das auch in den Musterhäusern überall zu spüren ist. „Wir versuchen ja nicht nur ökologisch zu bauen, sondern auch schön“, lacht Dagmar Fritz-Kramer.

Da Baufritz die Produktion auch während des Lockdowns weiterführen



konnte, kommt das Unternehmen bisher gut durch die Corona-Krise. Viele andere Firmen in anderen Branchen haben es jedoch nicht so leicht. Katharina Schulze betont deshalb: „Gerade jetzt muss die Politik die Weichen richtig stellen und die enormen Hilfgelder sinnvoll einsetzen. Neben den wichtigen kurzfristigen Hilfen muss auch die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft angepackt werden: Es braucht also einen Bavarian Green Deal! Ihre Firma zeigt schön auf, wie man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann.“

Beim Rundgang zeigt Dagmar Fritz-Kramer noch die hauseigene Kita – neben den sage und schreibe 270 verschiedenen Arbeitszeitmodellen eine wichtige Maßnahme, damit die Angestellten Familie und Beruf gut vereinbaren können. Auch das gehört heute einfach dazu, um gut aufgestellt zu sein für die Zukunft. ○

Mehr zur Tour und zu unserer grünen Wirtschaftspolitik findest du hier: gruene-bayern.de/wirtschaft

KLEINE ANFRAGE



Manuela Rottmann, MdB

Was bedeutet Corona für unsere Grundrechte?

In einer schwer einschätzbaren Gefahr wie einer Pandemie zeigt sich, ob Grundrechte mehr sind als beschriebenes Papier. Grundrechte fordern der Politik viel ab: Eingriffe müssen klar vom Parlament beschlossen werden, sie müssen erfolversprechend sein und es darf kein weniger einschneidendes Mittel geben.

Corona forderte schnelle Entscheidungen auf unsicherer Wissensgrundlage. Nicht alle haben der Versuchung widerstanden, vor lauter Macherehrgeiz die sorgfältige Grundrechtsprüfung beiseite zu wischen. Gerade die bayerischen Infektionsschutzverordnungen wurden besonders oft von den Gerichten für rechtswidrig erklärt.

Die Grundrechte haben in der Krise standgehalten – nicht zuletzt dank der Gerichte. Auch in der Pandemie sind Grundrechte kein Hindernis für Gesundheitsschutz. Im Gegenteil: Ihre Wahrung ist Voraussetzung dafür, dass Maßnahmen von der Bevölkerung akzeptiert werden. Wer meint, sich zwischen Rechtsstaat und Krisenbekämpfung entscheiden zu können, ist falsch abgelenkt. Es bleibt Aufgabe von uns Grünen, daran zu erinnern, dass die Grundrechte nicht nur Gerichte verpflichten, sondern auch Ministerpräsidenten und Gesundheitsminister. ○



Erhard Grundl, MdB

Wie helfen wir den Künstler*innen aus der Krise?

Kultureinrichtungen waren die ersten, die schließen mussten, und sie werden die letzten sein, die wieder öffnen – das war uns früh klar. Zu Beginn der Krise haben wir einen umfangreichen Antrag vorgelegt, in dem wir Expert*innen-Kommissionen gefordert haben, die passgenaue Rettungspakete erarbeiten.

Die Bundesregierung hat jedoch ihre Fehler der Anfangszeit bei den jetzigen Überbrückungshilfen und dem gerade anlaufenden Rettungspaket „Neustart Kultur“ wiederholt. Die vielen Soloselbstständigen, 21 % davon arbeiten in der Kultur- und Kreativszene, erhalten vom Bund weiter keine Unterstützung zur Existenzsicherung. Nach wie vor gelten die Überbrückungshilfen nur für Betriebskosten, nicht um damit den Kühlschrank zu füllen oder Miete und Krankenversicherung zu zahlen.

Wir schlagen daher ein Existenzgeld von 1.200 € vor. Wichtig ist zudem, die Kultureinrichtungen finanziell zu unterstützen, die aufgrund der Abstandsregelungen noch lange nicht wirtschaftlich arbeiten können. Denn all die spannenden kulturellen Orte – vom Club bis zum unabhängigen Theater –, die jetzt schließen, tun das vielleicht für immer. Und das darf nicht geschehen! ○



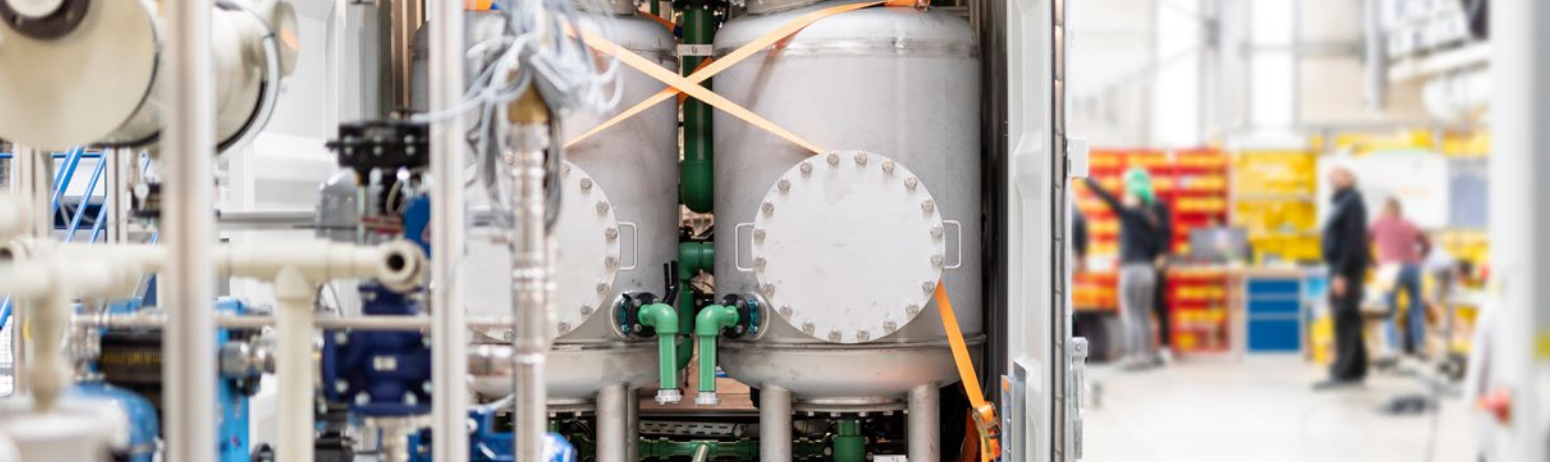
Margarete Bause, MdB

Was tun für die Wahrung der Menschenrechte weltweit?

Die Wahrung der Menschenrechte weltweit fängt bei uns zu Hause an. Ob Kinder vor Gewalt geschützt sind, ob ihr Recht auf Bildung Vorrang hat, ob Pflegebedürftige ein Leben in Würde führen, ob Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Miteinander teilhaben, ob Geflüchtete aus menschenunwürdigen Lagern befreit werden – all das sind Menschenrechtsfragen.

Sie verweisen auf den globalen moralischen Konsens, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten sind. Und weil Menschenrechte universell und unteilbar sind, ist ihre Verteidigung auch niemals eine Einmischung in angebliche „innere Angelegenheiten“ eines Staates. Die Achtung der Menschenrechte ist zuerst staatliche Aufgabe, aber auch Unternehmen, Verbraucher*innen und die Zivilgesellschaft tragen Verantwortung. Ein Lieferkettengesetz ist dafür ein wichtiger Baustein.

Gegen autoritäre Regime, die Menschenrechte mit Füßen treten, braucht es Sanktionen – individuelle und gegebenenfalls auch wirtschaftliche. In internationalen Handelsabkommen müssen Menschenrechtsklauseln verankert werden und auch ein Stopp von Waffenexporten in Kriegs- und Krisengebiete ist wichtig, um Menschenrechte zu wahren. ○



WIRTSCHAFTSPOLITIK

LASST UNS DIE WIRTSCHAFT SOZIAL-ÖKOLOGISCH UMBAUEN!



Die Corona-Krise verändert unsere Wirtschaft. Diese Veränderung müssen wir jetzt aktiv gestalten. Das Wirtschaften der Zukunft geht sozial-ökologisch – nur so bewahren wir unsere Lebensgrundlagen und stärken unser Miteinander. Der grüne Fraktionsvorsitzende im Bundestag Toni Hofreiter skizziert die notwendigen Schritte.

Wir stehen vor einer gigantischen Herausforderung, um die Klimakrise noch in den Griff zu bekommen.

Wir müssen unsere Wirtschaft umbauen – gerade jetzt, wo zur Bewältigung der Corona-Krise riesige Summen investiert werden sollen. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben. Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft gelingt aber nur mit einem klaren Ziel, mit Transparenz und Offenheit, mit Vertrauen und Akzeptanz bei Unternehmen und Beschäftigten und mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung. Auf dieser Basis kann die Politik mithilfe von Gesetzen, Ordnungsrecht, Investitionen und Anreizen die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Um grünes Wirtschaften und klimaneutrale Strukturen zu etablieren, sind viele Einzelmaßnahmen in allen Wirtschaftssektoren notwendig. Einer der wichtigsten Grundsätze ist dabei: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Naturzerstörung, Flächenfraß, Umweltbelastung und Klimaschädlichkeit – all das darf nicht kostenlos sein,

sondern muss eingepreist werden. Die Instrumente können sehr unterschiedlich sein, aber sie müssen wirken und so gestaltet sein, dass Preise eine ökologische Lenkungswirkung entfalten.

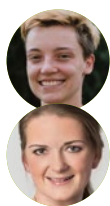
Die Transformation geht mit gutem Wachstum einher: durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und nachhaltiger Mobilität. Die Industrien mit hohem Energieverbrauch müssen grundlegend umgebaut werden – allen voran die Chemie- und Stahlbranche. Die Kreislaufwirtschaft muss aufgebaut werden und wir brauchen deutlich mehr ökologische Landwirtschaft. Nicht zuletzt müssen wir unsere Gebäude energiesparsamer machen. Die Dekarbonisierung – weg von Kohle, Öl und Gas – ist insgesamt ein gigantisches Programm für Investitionen und Innovationen!

Angesichts dieser Punkte reicht es keinesfalls, Wachstum nur mit dem Bruttoinlandsprodukt zu messen. Der Jahreswohlstandsbericht der Bundestagsfraktion misst anders, er bezieht auch den ökologischen Fußabdruck, gute Bildung und gesunde Lebensjahre mit ein.

Den Umbau gibt es für uns Grüne

nur mit Bindestrich als „sozial-ökologische“ Transformation. Wir wollen Jobs sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Der Strukturwandel muss sozialverträglich und mit guter sozialer Absicherung gestaltet werden. Die Transformation erfordert zudem eine europäische und globale Strukturpolitik. Dazu gehören ein Finanzsektor, der der Realwirtschaft dient und ökologisch ausgerichtet ist, eine faire internationale Handels- und Steuerpolitik und verbindliche Abkommen, die hohe Umwelt- und Sozialstandards setzen.

Wir haben kein Wissensdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft benötigt riesige Investitionen. Jetzt ist die Gelegenheit, mit den immensen Summen, die in den Corona-Konjunkturprogrammen bereitstehen, den Weg einzuschlagen, um Klimaschutz, zukunftssichere Jobs und nachhaltigen Wohlstand zu schaffen. Lasst uns die politischen Mehrheiten erringen, damit wir die Chance haben, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Es ist höchste Zeit!



UNSER ARBEITSMARKT, CORONA UND ANDERE PROBLEME

Alte und neue Baustellen endlich angehen!

Ami Lanzinger und Tina Winklmann, LAG GewerkschaftsGrün

Die Corona-Krise hat das Arbeitsleben in vielen Branchen verändert. Wie sieht es in den Fabriken aus: Wie sind die Arbeitnehmer*innen aufgestellt, die täglich an Montagebändern stehen? Viele von ihnen waren und sind nicht im Homeoffice – diese Möglichkeit besteht nicht. Sie sind nur ein Beispiel für zahlreiche Beschäftigte, die neben der Sorge, wie sich die Pandemie entwickelt, noch Geldsorgen hinzubekommen haben.

Weitere Betroffene sind z.B. Reinigungs- und Lieferkräfte, die überall im Einsatz sind und durch Corona einer noch stärkeren Arbeits- und Gesundheitsbelastung als normalerweise ausgesetzt sind. Durch die Corona-Krise

wurden einmal mehr Missstände in Schlachtbetrieben sichtbar. Hygienevorschriften werden in vielen Schlachtereien seit Jahren missachtet und Menschen dort und in anderen Bereichen werden über Subunternehmer-Ketten angestellt, um sie unter dem Mindestlohn zu vergüten. Der Care-Bereich leidet unter dem Gesundheitssystem und mit ihm besonders die Angestellten in diesem.

Darüber hinaus passiert ein Einbrechen ganzer Branchen. Wer als erstes gekündigt wird, sind die prekär Beschäftigten: Minijobber*innen, Teilzeitkräfte, Werkstudent*innen. Ausbildungsplätze, die neu belegt werden sollten, bleiben frei. Zuvor versprochene Übernahmen werden ausgesetzt. Das bedeutet im

Umkehrschluss, dass es genau den Menschen den Boden unter den Füßen wegzieht, die oftmals kein Sicherheitsnetz besitzen. Denn sie lebten bisher schon mit knappen Geldmitteln, viele von ihnen hatten eine Stelle ohne Einzahlung in die Sozialversicherungen.

Corona hat gravierende Probleme zum Vorschein gebracht. Aber die prekären Arbeitsverhältnisse und Missachtungen des Arbeitsschutzes waren bereits vorher da. Auch ohne Pandemie führen Minijobs zu (Alters-)Armut, helfen Ein-Euro-Jobs nur selten in ein „richtiges“ Arbeitsverhältnis. Die Pandemie birgt neue Herausforderungen, darf uns aber die bereits bestehenden Probleme am Arbeitsmarkt nicht vergessen lassen. ○



WIRTSCHAFT GESTALTEN, STATT NUR ZU RETTEN

Denken wir die Corona-Krise und die Klimakrise zusammen

Henrike Hahn, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ende 2019 hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch angekündigt, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Jetzt in der Corona-Krise müssen wir Grüne dafür kämpfen, dass die EU diesen Kurs hält und Klimaschutz umsetzt. Denn nach dem Notbetrieb der Wirtschaft ist die Umsetzung des Green Deals als Konjunkturprogramm wichtiger denn je.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich diesen Sommer auf einen Wiederaufbaufonds geeinigt. Das ist per se eine gute Sache, denn es zeigt Solidarität und gemeinsame Verantwortung. Gleichzeitig wurde aber der mehrjährige Finanzrahmen – der neue EU-Haushalt für die kommenden 7 Jahre – gekürzt,

und zwar besonders in den Bereichen Gesundheit, Forschung und Klimaschutz. Und auch Zukunftsprogramme wie der „Fonds für den gerechten Übergang“ wurden zusammengekürzt. Dieser Fonds soll helfen, den ökologischen Transformationsprozess der Wirtschaft sozial gerecht zu gestalten. Solche Kürzungen sind absurd. Im EU-Parlament kämpfen wir deshalb für eine Nachbesserung.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft in der Corona-Krise ist eine Chance, Geld nicht mehr in alte Dinosaurierstrukturen wie fossile Energien zu schaufeln, sondern neu zu gestalten. Es geht dabei nicht nur um die Rettung von großen Automobil- und Luftfahrtkonzernen, sondern auch um die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen und um die

Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle. Wir können jetzt Bedingungen und Anreize so setzen, dass wir eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Wirtschaft in Europa bekommen. Dafür brauchen wir starke Forschung und müssen klug und gezielt investieren, zum Beispiel in Batterietechnologien, in klimaneutralen Stahl und die Solar- und Windbranche. Im erneuerbaren Energiesektor arbeiten bereits 330.000 Menschen in Deutschland, Tendenz steigend – davon kann auch die Söder-Regierung in Bayern lernen.

Es gibt viel zu tun in Europa und in Bayern. Wenn wir den Green Deal ins Zentrum stellen, können wir für Klima, Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaft viel erreichen. ○

HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

ANSCHUB. UMBAU. ANTRIEB: BAYERNS WOHLSTAND WAHREN

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende

Klimafest, digitalisiert, resilient: so kann unsere Wirtschaft künftig sein, wenn wir aus den letzten Monaten Kraft und Mut ziehen. Denn diese Corona-Pandemie wirkt wie eine Lupe und macht Herausforderungen auch im Wirtschaftsbereich sichtbar: Um wirtschaftlicher Stagnation, mangelnder Innovation und Arbeitsplatzverlusten, gerade auch in Schlüsselindustrien wie der Fahrzeugbranche zu begegnen, braucht es klimafreundliche Förderanreize von Seiten der Regierung und mutige Unternehmer*innen. Wir haben jetzt die Chance, die Weichen auf klimafreundliches Leben und Wirtschaften umzustellen und sollten dies nutzen. Lasst uns die sozial-ökologische Transformation jetzt starten!

Transformation bedeutet für mich, mutig nach vorne zu blicken und dazu gehört auch, Unsicherheit bezüglich der Ergebnisse auszuhalten. Das ist einerseits eine unglaublich spannende Aufgabe, weil sich die Chance bietet, Überkommenes auf die Höhe der Zeit zu bringen. Andererseits sind Transformationsprozesse auch kritische Zeiten, denn es ist nicht immer klar, wohin sich die Dinge verändern. Um so wichtiger sind politische Rahmenbedingungen, die den Weg weisen.

Ich bin überzeugt: Klimaschutz ja oder nein, daran wird sich unser Wohlstand künftig bemessen. Deswegen müssen wir jetzt auf Landesebene den Einstieg in die sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftssystems vollziehen: Wir müssen Neues fördern und voranbringen (ein neuer Anschub für Bayerns Startup-Szene), Veraltetes zurücklassen und durch Innovatives ersetzen (ein progressiver Umbau des



Anschub aus der Start-up Szene: Katharina Schulze (2. v.re) und Stephanie Schuhknecht (re.) im Austausch mit der collaboration Factory

Mittelstands) und in wirtschaftlichen Zukunftsbereichen schnell Fuß fassen (beispielsweise ein neuer Antrieb für die wichtige Fahrzeugindustrie).

Die Politik muss so mit wirksamen Rahmenbedingungen ihren Beitrag dazu leisten, dass es Unternehmen, egal welcher Größe, ermöglicht wird, die anstehende Transformation der Wirtschaft zu meistern: Unsere Unternehmen benötigen eine zukunftsfeste Infrastruktur, insbesondere sauberen bezahlbaren Strom aus Wind, Sonne und Wasser und schnelles Internet in jeder Ecke Bayerns.

Damit die Transformation gelingt, muss auch Bayerns Bildung sozial gerechter und gleichzeitig leistungsorientiert werden. Unsere hochwertigen Ausbildungen und die zielgenaue Weiterbildung für Beschäftigte sind Investitionen in die Zukunft – mit hoher Rendite und der Chance auf gerechte Teilhabe! Wir müssen zudem mehr Anreize setzen, mit Ressourcen nachhaltiger umzugehen und neue Ideen intensiver zu fördern, beispielsweise über die Stärkung der dezentralen Startup-Beratungsagenturen und eine Verbesserung

der Verzahnung zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. All dies, weil klimaneutrales Leben und Wirtschaften sowie staatliche Daseinsvorsorge letztendlich gelebte Generationengerechtigkeit sind. Als Fraktion haben wir daher die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft in das Zentrum unserer Herbstklausur gestellt.

Ob Start-up, Weltkonzern, Mittelständler oder traditionsreicher Industriebetrieb: Wir brauchen den sozial-ökologischen Wandel der Wirtschaft, um unsere Klimaziele einzuhalten, auf den Märkten der Zukunft zu bestehen und mit einem passenden Fahrplan bayerische Arbeitsplätze zu erhalten und manche umzubauen. Einige bayerische Unternehmen haben sich längst auf den Weg in die Wirtschaft der Zukunft gemacht und viele werden folgen – das sollte uns Mut geben. ○

Die Beschlüsse unserer Herbstklausur sowie alle Anträge, Initiativen, Studien und Gesetzentwürfe sind auf unserer Website zu finden:
www.gruene-fraktion-bayern.de

Christina Haubrich

GUTE VORBEREITUNG STATT LOCKDOWN



Die Corona-Krise traf Bayern zum großen Teil unvorbereitet. Nach Monaten der Corona-Krise gilt es, umfassend zu evaluieren, was sich gut bewährt hat bzw. was verbessert werden muss, aber vor allem, wie man sich bestens auf die weitere Entwicklung vorbereiten kann. Das Ziel ist, eine unkontrollierbare zweite SARS-CoV-2-Welle und einen zweiten Lockdown unbedingt zu verhindern.

Wir wollen neue politische Weichen zur Pandemiebekämpfung stellen, in dem auch der Bayerische Landtag eine bedeutende Rolle spielt und stets eingebunden ist. Die Gesundheitsämter wollen wir digital und personell besser aufstellen und das Frühwarnsystem durch ein regionales Multimonitoring des Infektionsgeschehens ersetzen, um noch schneller auf einen Ausbruch reagieren zu können. Notfall- und Pandemiepläne in Kliniken, Behörden und Gemeinden müssen überprüft und regelmäßig geübt werden, die Vorratshaltung, Beschaffung und Kostenübernahme der Schutzausrüstung muss in Zukunft klar und transparent geregelt werden.

Zudem brauchen wir eine zielgerichtete Teststrategie, die eine gezielte und regelmäßige Testung insbesondere in diversen Gemeinschaftsunterkünften und -einrichtungen vorgibt. Keine Personengruppe darf mehr „weggesperrt“ werden, nur weil sie zur Risikogruppe gehört. Die Lockerungen der Besuchsregelungen in Kliniken und in der Altenpflege müssen unter Beachtung der Hygieneregeln umgesetzt werden. ○

Barbara Fuchs, Stephanie Schuhknecht

BAVARIAN GREEN DEAL



Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. In über 600.000 Betrieben arbeiten rund 5,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und stellen über 190.000 Ausbildungsstellen bereit. Diese sowie unsere vielfältige Startup-Szene wollen wir stützen, erhalten und beim notwendigen Strukturwandel unterstützen.

Die aktuelle Krise hat uns einmal mehr verdeutlicht, dass wir unsere Wirtschaft nachhaltiger und resilienter machen müssen. Mit einem Bavarian Green Deal wollen wir die Weichen stellen, um Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Ökonomie zusammenzubringen. Zentrale Elemente sind unter anderem ein Transformationsfonds für den sozial-ökologischen Umbau, zielgenaue Weiterbildung für Beschäftigte, bessere Nutzung von Forschungsergebnissen für KMU, eine Strategie für Ressourceneffizienz sowie ein Bayerisches Vergabegesetz.

Startups und Existenzgründungen leisten mit ihren Geschäftsideen einen entscheidenden Beitrag zu einer ökologischen und zukunftsfähigen Wirtschaft. Sie sorgen für Wettbewerb um die besten Ideen. Neue Unternehmen sind häufig innovativ, sie erhöhen den Druck auf etablierte Firmen, in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Dafür brauchen sie passgenaue Unterstützungsangebote wie leichteren Zugang zu Beratung, Gründerzentren als dezentralen Beratungsagenturen, verbesserte Kooperation mit KMU und Crowdfunding-Möglichkeiten. ○

Tessa Ganserer

BAYERN UNTERM REGENBOGEN



Auf dem Land oder in der Stadt? Wir wollten es genau wissen: Wie lebt es sich als queerer Mensch in Bayern? Deswegen haben wir die Hochschule Landshut beauftragt, eine Online-Befragung durchzuführen. Mit knapp 900 Teilnehmer*innen liegt erstmals ein differenziertes und aussagekräftiges Bild über die Lebenssituation queerer Menschen in Bayern vor.

Zentrales Ergebnis der Studie QueeresBayern2020: Bei der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist es mit der Liberalitas Bavariae nicht weit her. Jede*r zweite*r queere Mensch hat in den letzten drei Jahren schon mal Diskriminierung erleiden müssen.

Am häufigsten werden Diskriminierungen – von allen erfragten Bereichen – in der Öffentlichkeit erlebt. Ein Drittel aller queeren Teilnehmer*innen hat hier Diskriminierung erfahren. Am häufigsten geht es dabei darum, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Zugehörigkeit im öffentlichen Raum beschimpft, beleidigt oder lächerlich (83 Prozent) gemacht wurden.

Bedenkenswert ist die große Anzahl queerer Menschen in Bayern, die aufgrund von Diskriminierungserfahrungen soziale Kontakte eingeschränkt haben (über 30 Prozent) und psychisch oder körperlich krank geworden sind (27 Prozent). Unsere Studie zeigt deutlich den politischen Handlungsbedarf auf, unter anderem einen Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Es gelten keine Ausreden mehr! ○

Cemal Bozoglu

RECHTSEXTREME BEDROHUNG 2019 DEUTLICH GESTIEGEN



Seit 2014 dokumentieren wir jährlich die wichtigsten Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus, weisen auf aktuelle Gefahren hin und fordern entsprechende politische Gegenmaßnahmen. Unsere Recherchen zeigen, dass die Bedrohung durch rechtsextreme Straf- und Gewalttaten 2019 deutlich gestiegen ist.

Vor allem Drohungen, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Volksverhetzung oder das Verwenden verfassungswidriger Symbole haben deutlich, um über 20 Prozent, auf 2.042 Delikte zugenommen. Hinzu kommen noch 61 rechtsextreme Gewaltdelikte. Jeden Tag passieren also in Bayern annähernd sechs rechtsextreme Straf- und Gewalttaten. Die meisten Gewaltdelikte sind rassistisch oder antisemitisch motiviert.

Besonders erschreckend ist die Gefährdung durch rechten Terrorismus. Der Mord an Walter Lübcke und der antisemitische Anschlag auf die Synagoge in Halle haben die Öffentlichkeit wachgerüttelt. Auch in Bayern gibt es die akute Gefahr. Im Februar 2020 haben Sicherheitsbehörden eine rechtsextreme Terrorzelle um den Augsburger Werner S. ausgehoben. Unter den verhafteten Mitgliedern befanden sich drei Personen aus Bayern. Die Gruppe plante Anschläge auf Moscheen und Attentate auf grüne Politiker. Der Anführer der deutschen Sektion der brandgefährlichen ‚Feuerkrieg Division‘ wurde im Februar 2020 im oberpfälzischen Cham verhaftet. Solche Gruppen rufen zu einem „totalen Bürgerkrieg“ auf. Jahrelang haben bayerische Sicherheitsbehörden die Gefahren durch rechte Gewalt verharmlost. Dabei gehören allein 1.000 Personen in Bayern zur gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Der Personenkreis, dem schwerste Anschläge zugetraut werden müssen, hat sich durch Radikalisierung im Internet erheblich ausgeweitet.

Wir fordern die konsequente Entwaffnung der rechtsextremistischen Szene, das Verbot von rechtsextremen Bürgerwehren wie ‚Wodans Erben Germanien‘ sowie der Skinhead-Vereinigung ‚Voice Of Anger‘, die Beobachtung des gesamten Landesverbands der AfD, eine deutlich wirkungsvollere Strategie gegen Hass und Hetze im Netz, ein Informationsrecht für Menschen, deren Namen auf sogenannten Feindeslisten auftauchen und eine flächendeckende Opferberatungsstruktur in Bayern.

Florian Siekmann

CORONA-BRENNGLAS AUF EUROPA



Corona hat Europa hart getroffen. Die Bilder aus Italien, die zahlreichen Todesopfer, all das wird sich nachhaltig in das europäische Gedächtnis brennen. Während Corona von Anfang an eine europäische Herausforderung war, war die Antwort häufig eine nationale.

Panikartig haben die Mitgliedsstaaten Mitte März die Grenzen geschlossen. Plötzlich kamen medizinische Güter nicht mehr zu den Krisenherden und Pflege*innen nicht mehr in ihre Krankenhäuser. Nur langsam hat man sich auf zentrale europäische Werte wie Solidarität zurückbesonnen. Für uns war klar, dass Europa diese Krise nur gemeinsam meistern kann. Zügig haben wir deshalb gefordert, Solidarität zu zeigen und Patient*innen aus Italien aufzunehmen. Die Umsetzung dieses Vorschlags war ein grüner Erfolg.

Krisen verlangen nach Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Grünen aus der Schweiz und Österreich haben wir uns gegen die pauschalen Grenzschließungen ausgesprochen. Das Virus kennt keine Landesgrenzen. Familien und Paare wurden auseinandergerissen und zusammengewachsene Grenzregionen wie der Bodenseeraum getrennt. Unsere konkreten Vorschläge: Ausnahmen für Familien, auch für unverheiratete Paare, regionale Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und eine Taskforce für jede Grenzregion, damit Zusammenarbeit in Zukunft besser funktioniert.

Aber auch der Blick nach vorn wichtig: bis zum Jahresende wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehaben. Zentrale Aufgabe wird, die Verhandlungen zum EU-Budget abzuschließen. Das Budget muss eine Antwort auf die Krisenerfahrung geben, indem es gezielt besonders betroffene Regionen im Aufbau ihrer Wirtschaft sowie der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme unterstützt. Davon profitieren auch wir in Bayern. Längst verlaufen Wertschöpfungsketten über Grenzen hinweg. Über 3000 bayerische Unternehmen unterhalten beispielsweise Geschäftsbeziehungen nach Italien.

Dabei dürfen wir aber all die anderen schwelenden Krisen und Herausforderungen nicht übersehen. Die Milliarden, die jetzt mobilisiert werden, müssen konsequent auf einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft in Europa ausgerichtet werden. Es gilt: Fight every crisis!

Verena Osgyan

CORONA-KRISE: STUDIERENDEN HELFEN



Studierende treffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie gleich mehrfach: Von einer normalen Studiensituation konnte im Sommersemester keine Rede sein. Die Hochschulgebäude waren gesperrt, Lehre und Prüfungen wurden weitgehend digital durchgeführt. Viele Studierende befürchten zu Recht, dass ihre Studienplanung leidet. Auch finanziell stellen die Corona-Maßnahmen viele Studierende vor Probleme: Die meisten sind zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts auf Nebenjobs angewiesen, die aber Corona bedingt wegfielen. Wir sehen Anzeichen, dass sich dies bereits jetzt auf die Chancengerechtigkeit im Hochschulsystem niederschlägt. Nicht zuletzt ist die Situation für viele Studierende auch eine psychische Herausforderung. Studien zeigen, dass mehr als die Hälfte unter Zukunftsängsten leidet – Frauen mehr als Männer und internationale Studierende mehr als Bildungsinländer*innen.

Um den Versäumnissen der Söder-Regierung beim Schutz der Studierenden zu begegnen, haben wir ein Antragspaket eingebracht. Um soziale Härten zu vermeiden, soll das Sommersemester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden und sich nicht negativ auf die BAföG-Höchstdauer auswirken. Auch die Einrichtung eines Schutzschilds für in Not geratene Studierende haben wir vorgeschlagen, zudem digitale Prüfungen zu monitoren, um Datenschutz, aber auch Chancengleichheit und -gerechtigkeit sicherzustellen. Die besondere Situation von Staatsexamina (Jura, Medizin) sollte angemessen berücksichtigt werden. Zudem braucht es eine Studie, um psychosoziale Auswirkungen der Pandemie auf Studierende und mögliche Effekte auf die Chancengleichheit an bayerischen Hochschulen zu überprüfen.

Die Söder-Regierung hat unsere Anträge zur Verbesserung der Situation von Studierenden zwar zunächst größtenteils abgelehnt. Die Einführung einer individuellen Regelstudienzeit war angeblich rechtlich nicht möglich, wurde nun aber doch ins Gesetz übernommen. Ein grüner Erfolg, den wir nur durch Hartnäckigkeit erreicht haben! Und jetzt? Ob das kommende Semester wieder normal durchgeführt werden kann, ist weiter offen. Planungssicherheit für Studierende sieht anders aus. Wir werden dranbleiben – kritisch und konstruktiv! ○

Anne Franke

FRIEDENSGUTACHTEN 2020: EIN FRIEDENSINSTITUT FÜR BAYERN



Das Friedensgutachten von vier führenden deutschen Friedensforschungsinstituten hat eine wichtige Beratungsfunktion für Bundes-/Landesregierungen und Bundestag. Nicole Deitelhoff, Professorin an der Goethe-Universität Frankfurt und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), erläuterte uns in einem digitalen Fachgespräch die wichtigsten Aussagen des Friedensgutachtens 2020, beispielsweise zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie: Vor allem in ärmeren Weltregionen gefährdet die Pandemie Frieden und Sicherheit. Zugleich bestehen andere Friedensrisiken wie Einschränkung bürgerlicher Rechte, drohendes Wettrüsten im Cyberraum, Zunahme rechter Gewalt und vieles andere mehr. Gerade angesichts der Krise bedarf es internationaler Zusammenarbeit und einer proaktiven EU.

Der Fokus des diesjährigen Gutachtens liegt auf dem Thema Klimawandel und mahnt: Globale, drastische Emissionsverminderung ist höchst dringlich. Wir Grüne und Expertin Deitelhoff sind uns völlig einig in der Zielsetzung, die Corona-Krise als Einstieg in eine Investitionspolitik zu nutzen, die stets Klimapolitik mitdenkt: Der CO2-Emissionshandel muss global geregelt werden, ist sich Prof. Deitelhoff sicher. Für Risikotechnologien wie Strahlungsmanagement in der Stratosphäre fordere ich – wie das Friedensgutachten – ein Moratorium.

Im Gespräch und durch Fragen der Teilnehmer*innen wurden verschiedene Aspekte des Gutachtens vertieft. Eine zentrale Frage war nicht zuletzt, wie arbeiten Friedensforscher*innen am Leibniz-Institut der HSFK, kann das Institut Modell für eine zukünftige Einrichtung in Bayern sein? Die Expertin bestätigt: Es besteht hoher Bedarf an solider Grundlagenforschung und Politikberatung. Daher gebe es auf jeden Fall Raum für ein entsprechendes Institut in Bayern.

Ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Bayern auf den Weg zu bringen, das habe ich mir zur Aufgabe gemacht. Denn die Söder-Regierung braucht auf diesem Feld dringend Beratung etwa in Sachen Konversionspolitik der Rüstungsindustrie bei vollem Erhalt von Arbeitsplätzen, Politik gegen rechte Gewalt und friedenssichernder Entwicklungszusammenarbeit. ○

Christian Zwanziger

WEITER UNGEBREMSTER FLÄCHENFRASS



Der Flächenfraß im Freistaat geht weiter. 2018 gingen jeden Tag durchschnittlich zehn Hektar wertvolle Flächen für Landwirtschaft, Erholung und Natur verloren. Stattdessen: Beton, Asphalt und gesichtslose Gewerbehallen auf der „grünen Wiese“. Auch die Innenstädte und Ortskerne leiden darunter, Einzelhandel innerorts verschwindet.

Obwohl die schädlichen Auswirkungen bekannt sind, scheint die Söder-Regierung an einer wirkungsvollen Strategie gegen den Flächenfraß nicht interessiert, zeigt die jüngste Expertenanhörung. So bleibt selbst das vollmundige Bekenntnis zum Flächensparen aus dem schwarzen-orangen Koalitionsvertrag eine leere Versprechung. Eine Alternative zu dieser Lethargie ist unser Gesetzentwurf für eine verlässliches, stufenweises Absenken des Flächenfraßes.

Selbst Maßnahmen zur Innenentwicklung, wie sie der Bayerische Gemeindetag fordert und die wir als Teil unseres Antragspakets in den Landtag eingebracht haben, schlägt die Söder-Regierung aus. Anstatt der Kommunalpolitik Werkzeuge an die Hand zu geben, um ihre Zentren zu stärken, hält sie bisher sogar noch am windelweich, gelockerten Anbindegebot fest. Faktisch läßt das zum Gewerbegebiet-Wildwuchs, gerade an Autobahnen, und zum Unterbietungswettbewerb zwischen Kommunen ein. Wir wollen Freiflächen und Leerstände innerorts nutzen, Grundstücksspekulationen beenden und unsere bayerische Natur- und Kulturlandschaft erhalten. ○

Patrick Friedl, Christian Hierneis

VOLKSBEGEHREN „ARTENVIELFALT“ UMSETZEN



Insektensterben, Vogelrückgang und Artenschwund haben dazu geführt, dass Naturschutz für viele Bürger*innen zur Herzensangelegenheit wurde. Das Volksbegehren „Artenvielfalt“ brachte eine unerwartet hohe Aufmerksamkeit für das Thema. Dieser große Erfolg mit fast 1,8 Millionen Unterschriften zwang die Söder-Regierung endlich zum gesetzgeberischen Handeln.

Doch es hapert an der Umsetzung. Für viele Gewässer ist unklar, ob ein Gewässerrandstreifen geschützt ist oder nicht. Auch der Schutz der artenreichen Wiesen existiert durch die fehlenden Biotopkartierungen derzeit nur auf dem Papier. Besonders der Schutz der artenreichen Streuobstwiesen wurde durch eine restriktive Verordnung vom FW-Umweltminister regelrecht ausgehebelt.

Unser beharrlicher Druck hat bewirkt, dass neue Naturwälder mit einer Fläche von über 5.000 Hektar ausgewiesen wurden. Positiv ist auch das Engagement vieler Gemeinden und Gartenbesitzer*innen, die bunte Blühinseln schaffen, um den Insekten zu helfen.

Der Schlüssel zur Artenvielfalt liegt nicht nur, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft, die etwa 70 Prozent der Landesfläche nutzen. Nur wenn wir, wie gesetzlich vorgesehen, durch mehr Ökolandbau, Reduzierung des Pestizideinsatzes, weniger Lichtverschmutzung, weniger Steingärten oder der Schaffung mehr naturnaher Biotopstrukturen in der Fläche gemeinsam einen Weg finden, können wir die Wende beim Rückgang der Artenvielfalt erreichen. ○

Martin Stümpfig

STARKES KLIMAGESETZ FÜR BAYERN



Was für eine Szene: CSU-Ministerpräsident Söder umarmt einen Baum, während er ein Klimagesetz ankündigt und verspricht, Bayern werde „Pionier und Vorbild“ bei der Bewahrung der Schöpfung. Gut ein Jahr später kommt der Gesetzentwurf der Söder-Regierung in den Bayerischen Landtag – und Ernüchterung macht sich breit. Die allermeisten Verbände kritisieren den Entwurf als substanz- und kraftlos, ihre teils umfangreichen Stellungnahmen wurden nicht berücksichtigt. Bei einem digitalen Fachgespräch haben wir mit ihnen gemeinsam die größten Schwachstellen des Gesetzes herausgearbeitet und ein umfangreiches Änderungspaket vorgelegt, das im Herbst im Bayerischen Landtag behandelt wird.

Noch besser wäre: Die Söder-Regierung erspart sich ihren peinlichen Vorstoß und übernimmt gleich unser Klimagesetz aus dem vergangenen Jahr. Dort haben wir mit unserem CO2-Budget einen innovativen Ansatz zum Erreichen der Pariser Klimaziele entwickelt und den Kommunen mittels klimafreundlicher Wärme- und Verkehrsplanung den Weg in eine lebenswerte Zukunft geebnet.

Wir alle wissen, dass CSU-Ministerpräsident Söder ein Trittbrettfahrer ist und im Rampenlicht gerne klotzt. Aber gerade beim Klimaschutz darf hinter den Kulissen dann nicht nur gekleckert werden. Im Kampf gegen die Erdüberhitzung ist kein Opportunismus gefragt, sondern weitblickendes und verlässliches Handeln. ○

WIRTSCHAFT UND FEMINISMUS

**GRÜNE
JUGEND**

Wie erreichen wir echte Gleichstellung?

Axel Kuckelkorn, Grüne Jugend Bayern

Echte Gleichberechtigung ist schon lange ein politisches Dauerthema. Dabei sollte man sie nicht nur als fundamentale feministische Forderung verstehen, sondern als einen grundlegenden demokratischen Auftrag und nicht zuletzt – nach Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes – als einen klaren Verfassungsauftrag.

Durch Bildungsarbeit, zum Beispiel zu Themen wie der zumeist unbezahlten Care-Arbeit, wird vielen Menschen die grundlegende Problematik erst bewusst. Der Kern der Gleichstellungsdebatte scheint aber noch nicht weit genug in einen breiten gesellschaftlichen Diskurs vorgedrungen zu sein. So haben es Talkshows zu Quoten für Führungsetagen von DAX-Konzernen bis jetzt noch nicht

geschafft, eine positive Perspektive auf echte Gleichstellung zu geben. Und auch Forderungen nach einem genderanonymen Bewerbungsverfahren oder einer Entlohnung von Care- und Reproduktionsarbeit sind kein nachhaltiger Weg zu echter Gleichstellung. Sie wirken eher wie eine Kapitulation vor der Ungleichbehandlung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt und im Privaten.

Die Realität zeigt: Trotz der scheinbar zunehmenden fortschrittlichen Verhältnisse geraten Frauen oft in klassische Rollenbilder und prekäre Abhängigkeitsverhältnisse. Die Corona-Pandemie hat das für viele noch verschärft. Wenn es um betriebswirtschaftliche Sachzwänge geht, versagen liberale Gleichheitsansprüche in der Krise umso

mehr. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Ungleichheit ein Symptom unseres historisch gewachsenen, patriarchal-kapitalistischen Wirtschaftssystems, unserer Erziehung und Sozialisierung ist.

Um die Ungleichheit aufzulösen, wollen wir über die formelle Gleichstellung hinauskommen. Die formelle Gleichheit allein ist trügerisch, da sie die eklatante materielle Ungleichheit außer Acht lässt. Wir brauchen Schritte wie die mindestquotierte Besetzung von Parlamenten und die deutliche Anerkennung von derzeitigen Missständen, um unser Ziel zu erreichen, ein kollektives Bewusstsein und einen Wandel voranzutreiben. ○

GEMEINSAM

IM RAT MEHR ERREICHEN

MIT

GRIBS

„Frag doch mal bei GRIBS nach – das sollte für grüne Rät*innen selbstverständlich sein. GRIBS hilft und berät Dich in allen Fragen der Kommunalpolitik. Für starke und gut informierte GRÜNE in den Räten!“



TONI HOFREITER

**Vorsitzender der GRÜNEN im Bundestag
früher Gemeinderat und Kreisrat**

JETZT MITGLIED WERDEN! UNTER: WWW.GRIBS.NET

UNSER GRÜNES BAYERN



September bis Dezember 2020

Bezirksforen 2020

Zusammen mit GRIBS bieten wir in allen Regierungsbezirken Online-Foren für erfolgreiche Kommunalpolitik und Parteiorganisation an. Dabei dreht sich alles um politische Arbeit, wertvolle Tipps und wichtige Werkzeuge dafür. Alle Infos und Termine auf gruene-bayern.de/bezirksforen

14. November 2020

Digitaler Parteitag

Herzliche Einladung zum zweiten digitalen Parteitag der bayerischen GRÜNEN. Wir rücken die bayerische Wirtschaft in den Fokus und diskutieren über notwendige Schritte für ein zukunftsfähiges Wirtschaften.

**Freitag, 29. Januar bis
Sonntag, 31. Januar 2021**

Landesdelegiertenkonferenz

Der nächste Parteitag findet in Augsburg statt. Dort werden der offene Platz der/des Landesvorsitzenden gewählt und die Bundestagsliste aufgestellt. Natürlich alles unter sorgfältig umgesetztem Infektionsschutz.

Alle Infos zu den Parteitagen auf gruene-bayern.de/termine



Foto: Manuel Ciccarelli

Oberfranken

Bamberg „Sommer der Straßenkunst“

Geht Infektionsschutz mit Kunst und Kultur zusammen? In Bamberg schon! Der „Sommer der Straßenkunst“ verwandelt die Innenstadt in eine Bühne, auf der Musikerinnen, Tänzer, Schauspielerinnen und Kabarettisten auftreten. Bis zu acht verschiedene Künstler*innen oder Gruppen am Tag bieten ein vielfältiges Open-Air-Programm.

Das Projekt wurde von Bambergs Kultursenat beschlossen, um besonders regionalen Künstler*innen Auftritts- und Einnahmemöglichkeiten zu bieten. Die Bamberger Grünen hatten den Antrag dazu mit initiiert. Über ein Online-Portal können die Kunstschaffenden sich unkompliziert anmelden und bekommen zügig eine Genehmigung.

Mit diesem Mini-Konjunkturpaket ist nicht nur den Künstler*innen geholfen. Es ist auch ein Geschenk für die Stadtbevölkerung und kurbelt den Tourismus in der Corona-Krise an. Bis Ende Oktober lockt der Kultursommer noch nach Bamberg – gute Idee für deinen nächsten Ausflug?

Impressum

Herausgeber*innen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www.gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)

Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Eva Lettenbauer, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)

Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung

Andreas Gregor,
info@andreasgregor.com

Bildnachweis

Titelbild: Andreas Gregor
Danke an H-TEC SYSTEMS

Druck

Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 16.200
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk,
FSC-zertifiziert

Datenschutz

Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@bayern.gruene.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

SAG UNS DEINE MEINUNG ZUM MAGAZIN!

Wir wollen immer besser werden – und dafür brauchen wir deine Hilfe! Wie gefällt dir unser Magazin? Gibt es etwas, das dir darin fehlt? Nimm an unserer kurzen Umfrage teil und sag es uns. Danke für deine Unterstützung!

Zur Umfrage:
gruene-bayern.de/umfrage





Gemeinsam alles gewachsen.



**Gerade jetzt ist
Zusammenhalt wichtiger
denn je. Darum machen wir
uns für die stark, die sich für
die Gemeinschaft stark
machen. Und unterstützen
Künstler, Sportler,
Unternehmer vor Ort und all
diejenigen, die sich für
andere einsetzen.**